|  |  |
| --- | --- |
| SoVD NRW e.V. · Erkrather Str. 343 · 40231 Düsseldorf |  |
| An die Medien |  |
|  |  |

Pressemitteilung

23. Juni 2022

|  |
| --- |
| *Karl-Josef Laumann alter und neuer Sozialminister in NRW***„Schwarz-Grün hat jetzt die Chance und auch die Aufgabe, das Leben von 1,9 Millionen Menschen mit Behinderung in NRW zu verbessern.“** Anlässlich der erneuten Vereidigung von Karl-Josef Laumann als Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW appelliert der Sozialverband SoVD NRW an den Minister, die Rechte von Menschen mit Behinderung in NRW stärker in den Fokus zu rücken: „Wir gratulieren dem Minister zu seiner Wiederwahl und erwarten, dass die neue schwarz-grüne Regierung ihre Versprechen aus dem frisch präsentierten Koalitionsvertrag auch einlöst“, erklärt Franz Schrewe, Landesvorsitzender des SoVD NRW. Die neue Landregierung habe sich darin unter anderem zu ihrer Pflicht bekannt, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in NRW konsequent voranzutreiben und den zu Grunde liegenden „Aktionsplan“ regelmäßig zu aktualisieren und fortzuschreiben: „Dies ist auch bitter nötig, denn der von CDU/FDP aufgelegte Aktionsplan ist in vielen Teilen das Papier nicht wert ist, auf dem er geschrieben ist", so Schrewe weiter: „Hier muss die neue Koalition sofort den bestehenden Aktionsplan überarbeiten, wenn Sie Ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden will.“ Der SoVD NRW begrüße etliche Punkte des Koalitionsvertrags, etwa die geplante Mittelerhöhung zur barrierefreien und klimaneutralen Modernisierung im Wohnungsbau und die Ankündigung eines Gutachtens, um den Bedarf an rollstuhlgerechtem Wohnraum zu ermitteln. „Auch der angekündigte Ausbau der Barrierefreiheit im Nahverkehr, die finanzielle Unterstützung von Krankenhäusern und die barrierefreie Umgestaltung im Gesundheitswesen sind richtige und wichtige Punkte im Koalitionsvertrag." Kritisch sieht der Verband, dass es ausgerechnet bei der schulischen Inklusion bzw. Nicht-Inklusion offenbar ein "Weiter so" geben soll: "Eine inklusive Bildung an Förderschulen gibt es nicht“, kritisiert Franz Schrewe: „Ambitionen, die inklusive Bildung in NRW auszubauen, können wir in diesem Koalitionsvertrag schlichtweg nicht erkennen“, zeigt sich Schrewe enttäuscht: „Eltern von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung werden so einen noch höheren Druck verspüren, sich für eine der Förderschulen zu entscheiden. Im Einklang mit der UN-BRK steht das definitiv nicht.“   |
|  |